

MOMENTUM 09 – Track #9: Bildung und Demokratie

22.-25.10.2009

Mag.^a Claudia LEDITZKY – Wien

Demokratie und Schule – (k)ein Widerspruch?¹

Einleitung und Problemhintergrund

Als an der Volksschule, in einer reformpädagogischen Mehrstufenklasse, tätige Diplompädagogin gehe ich von der These aus, dass Demokratiebewusstsein nur dort entstehen kann, wo Menschen die Möglichkeit zur Mitbestimmung und Mitgestaltung ihrer Lebenswelt erhalten und sich im Anwenden demokratischer Prozesse erfahren und erproben können. Diesem Gedanken folgend möchte ich in meiner Präsentation Felder für Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung demokratischer Handlungs- und Verhaltensweisen in der österreichischen Schullandschaft aufzeigen. Zuvor soll jedoch ein Überblick über die Verankerung politischer Bildung in den Lehrplänen österreichischer Pflichtschulen gegeben werden; Pflichtschulen deshalb, weil es um die Frage geht, ob und in welcher Weise Jugendliche mit dem Thema Demokratie und Mitbestimmung im Laufe der neun Pflichtschuljahre vertraut gemacht werden, bevor ein Teil von ihnen die Schullaufbahn beendet und in den Arbeitsprozess einsteigt.

Als Absolventin des Studiums der Pädagogik (Universität Wien) möchte ich zunächst aber einen Blick darauf werfen, was unter Demokratiekompetenz und Demokratie-Lernen zu verstehen ist und welche strukturellen Voraussetzungen es braucht, um eine demokratische Schulkultur zu befördern. Dazu beziehe ich mich hauptsächlich auf Gerhard Himmelmann, der eine überblicksmäßige Zusammenstellung und einen Vergleich einiger theoretischer Demokratiekompetenzmodelle erarbeitet hat. Er verweist dabei in erster Linie auf deutsche sowie auf einige internationale Ansätze.²

Die Schwierigkeit betreffend Definitionen und Begrifflichkeiten beginnt nicht erst bei der Demokratiekompetenz selbst sondern wird allein schon daran sichtbar, dass der Terminus „politische Bildung“ („political education“) nach Einschätzung mancher Theoretiker nicht dem englischen „civic education“ entspricht, da er als „verdächtig beäugt und als zu eng

¹ Das Wortspiel im Titel dieses Beitrags rekurriert auf den Buchtitel von GRUBER, E.: Beruf und Bildung – (k)ein Widerspruch? Bildung und Weiterbildung in Modernisierungsprozessen. Innsbruck u.a.: Studienverlag, 2001

² Vgl. HIMMELMANN 2005

erachtet wird“.³ Dabei handelt es sich bei „civic education“ um die amerikanische Ausdrucksweise, in der Europäischen Kommission und in England wird von „citizenship education“ gesprochen, der Europarat operiert mit dem Begriff „education for democratic citizenship“. Tendenziell gilt jedoch mittlerweile auch im deutschen Sprachraum eine Ausrichtung auf die Bezeichnung „civic education“, nichts desto trotz heißen die schulischen Fachdomänen so unterschiedlich wie „Sozialkunde/Wirtschaft/Recht“ oder „Geschichte/Politik“ (Beispiele aus Deutschland) oder wie in Österreich im Jahr 2008 für den Unterricht auf der Sekundarstufe neu formuliert „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“. Festzuhalten ist jedenfalls, dass schulisches Demokratie-Lernen sinnvollerweise auf drei Ebenen umgesetzt werden muss:

1. fachspezifisch (innerhalb der dafür vorgesehenen Gegenstände)
2. fächerübergreifend (da sich viele Aspekte der „civic education“ nicht einem bestimmten Gegenstand zuordnen lassen)
3. als demokratische Schulkultur (um demokratische Handlungs- und Verhaltensweisen erproben, erfahren und umsetzen zu können)

Was ist Demokratiekompetenz?

Abgesehen von der äußerst rege geführten Debatte um den Terminus der Kompetenz im Allgemeinen gilt für den Begriff der Demokratiekompetenz, dass sich laut Himmelmann bisher nur wenige Fachwissenschaftler/innen intensiver damit auseinandergesetzt hätten. Die vorliegenden Modelle gelten daher zwar als durchaus nennenswerte Ansätze, nicht jedoch als vollständige, etablierte Theorien. Ich möchte exemplarisch zwei domänenspezifische Ansätze und einen Schulkulturansatz herausgreifen, um die Komplexität der Sache ein wenig zu veranschaulichen, denn „Demokratie“ wird im Rahmen der „civic education“ „nicht nur hoheitlich als Systembegriff (Regierungsform), sondern auch als alltäglich(er) Handlungs- und Verhaltensbegriff [aufgefasst, und] so treten zivilgesellschaftliche, lerner- und schulnahe Qualifikationsanforderungen in den Vordergrund.“⁴

Modell 1: Der Darmstädter Appell⁵

Es handelt sich dabei um eine lerntheoretisch begründete Dreiteilung von Lernebenen bzw. Kompetenzbereichen in der politischen Bildung:

³ CRICK 2000, S. 78 zit. nach HIMMELMANN, G. 2005, S. 9

⁴ HIMMELMANN 2005, S. 11

⁵ Vgl. ebd., S. 12

1. *Wissen* (über das Gesellschaftssystem, das politische System und seine Institutionen, ...)
2. *Einstellungen* (Meinungsvielfalt aushalten können, sich an der Austragung von Konflikten beteiligen, Kompromisse ertragen, ...)
3. *Fähigkeiten* (Handlungs- und Gestaltungskompetenz zur Nutzung von Partizipationschancen, Entscheidungs- und Problemlösungsfähigkeit, ...)

Diese Einteilung galt in der politischen Bildung lange Zeit als vorbildlich und als wichtiger Bezugspunkt, im Zuge der Diskussion um Kompetenzen und Bildungsstandards hat sich die Debatte in gewisser Hinsicht verschoben.

Modell 2: Demokratie-kompetente Bürgerschaftlichkeit⁶ (Himmelman)

Dieser Ansatz stellt eine Schwerpunktverlagerung vom Politik-Lernen hin zum Demokratie-Lernen dar. Das entwickelte Kompetenzmodell stützt sich auf ein fachliches Kernkonzept zur Definition der spezifischen Domäne und formuliert anschließend entsprechende Lernstandards auf drei Ebenen:

1. *affektiv-moralische Einstellungen* (attitudes, commitments, dispositions)
2. *allgemeine kognitive Fähigkeiten* (knowledge)
3. *praktisch-instrumentelle Fertigkeiten* (skills, strategies)

Beispiele für solche Lernstandards wären:

Ebene 1 – Anerkennung der Grundrechte und Grundfreiheiten; Achtung des Wertes, der Würde und Freiheit eines jeden einzelnen Menschen; Vertrauen in demokratische Prinzipien; Wertschätzung von Gegenseitigkeit, Kooperation und Solidarität; Bekämpfung von Rassismus, Vorurteilen und Diskriminierung; ...

Ebene 2 – Sachkenntnis; Zusammenhänge erkennen; Geschichtswissen; Argumentieren und Stellung nehmen für oder gegen eine Position; Problemlösungsfähigkeit; Reflexion; ...

Ebene 3 – Dialogfähigkeit; eigene Meinung deutlich machen; Sensibilität und Solidarität (Außenseiter integrieren, auf Schwächere Rücksicht nehmen); Konflikte erkennen und sozialverträglich regeln; Interaktions-, Organisations- und Kooperationsfähigkeit; Kompromiss- und Konsensfähigkeit; Gemeinschaftssinn; ...

⁶ Vgl. ebd., S. 17-20

Modell 3: Demokratie lernen & leben⁷ (BLK⁸ – Edelstein und Fauser)

Dieses Programm – kein domänenspezifischer sondern ein Ansatz zur Schulkultur – ist aus einer gesellschafts- und schulkritischen Analyse hervorgegangen und beinhaltet einen Kriterienkatalog für Demokratiekompetenz auf vier Ebenen:

1. *Politische Kompetenzen* (Demokratieverständnis, politische Aktivitäten, Analyse gesellschaftlicher Teilsysteme, ...)
2. *Soziale und Selbstkompetenzen* (Entwicklung des Gerechtigkeitsverständnisses, positive Lebenseinstellung, Selbstsicherheit in der Gruppe, Kritikfähigkeit, kommunikative Kompetenz, Kooperationsfähigkeit, ...)
3. *Schulische Partizipation* (wahrgenommene Mitbestimmungsmöglichkeiten, Partizipationswunsch, übertragene Verantwortung, Regelklarheit, Verfahrensklarheit, ...)
4. *Integration der Schule in ihr Umfeld* (reflektierte Formen der Zusammenarbeit mit dem familiären Umfeld, dauerhafte Kontakte zu vielfältigen Partnern im kommunalen Umfeld, ...)

Das BLK-Programm widmet sich gezielt der Förderung einer aktiven demokratischen Schulkultur und verknüpft dabei Projektorientierung mit übergreifenden Perspektiven der demokratischen Schulentwicklung. Diese zielt auf demokratische Haltungen, Bereitschaften und Erfahrungen bei allen Beteiligten der Schule ab. Schule wird hier selbst zu einem „zivilgesellschaftlich-demokratischen Projekt“. Wie bei den oben beschriebenen Modellen bedarf es jedoch auch bei diesem Ansatz weiterer Diskussion und des Abgleichens mit internationalen Ansätzen, wie z. B. dem DeSeCo-Projekt der OECD⁹ oder dem Projekt „Education for Democratic Citizenship“ des Europarates, um nur zwei aus einer Fülle von internationalen Beispielen zu nennen. Gemeinsames Element aller Ansätze der letzten Jahre dürfte aber die Begründung sein, warum es überhaupt als notwendig erachtet wird, zivilgesellschaftlich-demokratische Kompetenzen stärker zu fördern und zu pflegen als das bisher der Fall war. Die Gründe, die dafür genannt werden, beziehen sich zumeist auf den politischen und kulturellen Wandel, also auf immer rasantere Veränderungen innerhalb der „Wissensgesellschaft“. Dabei wird auf Trends verwiesen, die zu neuen mentalen Unsicherheiten, neuen sozio-ökonomischen Ungleichheiten und Risiken sowie sozialen Instabi-

⁷ Vgl. ebd., S. 24-27

⁸ Bund-Länder-Kommission

⁹ DeSeCo: Definition and Selection of Competencies

OECD: Organisation for Economic Cooperation and Development

litäten führen. Die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wird, nämlich diesen Veränderungen mit einem Gegengewicht in Form der „democratic citizenship education“ zu begegnen, kann allerdings zweierlei bedeuten und ist somit klärungs- und diskussionsbedürftig. Wird darunter nämlich eine Möglichkeit verstanden, politische und wirtschaftspolitische Verfehlungen, die zunehmend mehr Menschen in Krisenlagen versetzen, zu rechtfertigen und über den Weg der Erziehung ausgleichend einwirken zu wollen (um soziale Brennpunkte gewissermaßen prophylaktisch zu entschärfen), muss dies aus pädagogischer Sicht schlichtweg abgelehnt werden. Maßnahmen dieser Art führen letztlich keineswegs dazu, Menschen in ihrer Meinungs- und Entscheidungsfreiheit mündiger zu machen oder ihnen dabei zu verhelfen, größere Zusammenhänge zu erkennen. Versteht sich „civic education“ jedoch als pädagogisches Projekt, so muss es dem Anspruch gerecht werden, die Kritikfähigkeit ihrer Adressat/innen auch hinsichtlich der bestehenden systematischen Gegebenheiten und der Schwachstellen demokratisch organisierter Gemeinschaften zu befördern. Ein wesentliches Moment einer solchen Bildung müsste m. E. nach die kritische Betrachtung der Rolle der Wirtschaft im Wechselspiel mit der Politik in neoliberalen, kapitalistischen Gesellschaften darstellen.

Politische Bildung in österreichischen Lehrplänen

Die letzte große Veränderung hinsichtlich einer umfassenden Verankerung der politischen Bildung an Österreichs Schulen erfolgte im Jahr 2008. Im Zuge einer Novelle des Schulorganisationsgesetzes wurde der nun neu benannte Gegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ innerhalb der Sekundarstufe I erstmals als Pflichtgegenstand etabliert.¹⁰ Damit reagierte das Ministerium auf die Novelle des Bundesverfassungsgesetzes vom 1. Juli 2007, bei dem das Wahlalter in Österreich von bisher 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wurde. Seither ist „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ in der 2., 3. und 4. Klasse Gymnasium, Hauptschule oder Mittelschule – anders ausgedrückt, auf der 6., 7. und 8. Schulstufe – Pflichtgegenstand. Darüber hinaus ist „Politische Bildung (einschließlich staatsbürgerlicher Erziehung und Friedenserziehung)“ als fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsaufgabe – ein so genanntes Unterrichtsprinzip – vorgesehen. Unter Unterrichtsprinzipien versteht man in diesem Zusammenhang eine Reihe pädagogischer Anliegen, die im Lehrplan neben z. B. den „Allgemeinen Bestimmungen“ oder den „Allgemeinen didaktischen Grundsätzen“ als weiteres Kapitel angeführt sind, sich aber

¹⁰ Vgl. BGBl. I Nr. 116/2008 v. 8.8.2008 des SchUG. Online unter:
http://www.bmukk.gv.at/schulen/recht/erk/aenderung_schog.xml

keinem Fachgegenstand zuordnen lassen. Sie sollen gewissermaßen dort, wo es sich didaktisch anbietet, fächerübergreifend in den Unterricht einfließen und zeichnen sich durch Lebensnähe und Handlungsbezogenheit aus. Weitere Beispiele für Unterrichtsprinzipien sind neben der Politischen Bildung Leseerziehung, Medienerziehung oder Umwelterziehung. Auch im Rahmen des Volksschulunterrichts ist Politische Bildung (einschließlich Friedenserziehung) in Form dieses Unterrichtsprinzips verankert. Zusätzlich finden sich im Volksschullehrplan weitere Aspekte der politischen Bildung in den „Allgemeinen Bestimmungen“ oder den „Didaktischen Grundsätzen“, wenn beispielsweise von interkulturellem oder sozialem Lernen die Rede ist. Selbiges gilt für den Lehrplan der Sonderschule auf den ersten vier Schulstufen. Auf den Stufen 6 bis 8 wird der Gegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ als Pflichtgegenstand unterrichtet.

In allen anderen Schularten, die besucht werden können, um das 9. Pflichtschuljahr zu absolvieren, findet sich politische Bildung als Unterrichtsprinzip wieder, in den meisten von ihnen auch als Pflichtgegenstand, wobei die Bezeichnung der Fachdomäne variiert, z. B. „Rechtskunde und Politische Bildung“ (im Lehrplan der Bildungsanstalt für Sozialpädagogik) oder „Wirtschaftliche und politische Bildung“ (im Lehrplan der einjährigen Wirtschaftsfachschule). Oftmals ist die politische Bildung im berufsbildenden Schulsektor aber anderen Fachdomänen angegliedert (z. B. „Geschichte und Kultur“ – ein Pflichtgegenstand an Höheren Lehranstalten für Tourismus). In jenen Schulsparten, die mehrjährig ausgerichtet sind, finden sich die einschlägigen Unterrichtsinhalte nicht unbedingt auf der 9. Schulstufe sondern zumeist erst in den höheren Jahrgängen. Demnach kann nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass auch im 9. Schuljahr Unterricht mit demokratiepolitisch relevanten Inhalten an die Schüler/innen herangetragen wird. In der Polytechnischen Schule jedoch, die von vielen Schüler/innen zum Beenden ihrer Pflichtschullaufbahn besucht wird, ist das Fach mit der Bezeichnung „Politische Bildung und Wirtschaftskunde“ als Pflichtgegenstand fest etabliert, genau wie an den Berufsschulen des dualen Systems, wo „Politische Bildung“ für alle Lehrberufe verpflichtend abgehalten wird.¹¹

Demokratie-Lernen in und außerhalb der Schule

Wie bereits angeführt bedarf es einer Ausrichtung auf drei zentrale innerschulische Aufgabenbereiche, wenn nachhaltiges Demokratie-Lernen stattfinden soll. Die Verankerung des

¹¹ Eine Auflistung aller relevanten Lehrpläne zur politischen Bildung findet sich bei Zentrum Polis. Online unter: <http://www.politik-lernen.at/content/site/basiswissen/politischebildung/lehrplaene/article/105418.html>

fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips und der Pflichtgegenstände, die politische Bildung beinhalten, stellen sicherlich eine notwendige Basis dafür dar, können aber nicht losgelöst von den konkreten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schüler/innen im Schulbetrieb betrachtet werden. Abgesehen von ihrem Recht auf Interessensvertretung in Schulgemeinschaftsausschüssen und auf Bundesebene sowie der Möglichkeit, das Amt eines Klassensprechers oder einer Schulsprecherin zu bekleiden, wirft sich die Frage auf, wie auch abseits dieser Funktionen *allen* Schüler/innen Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt werden können. Dazu bedarf es – wie im Schulkulturansatz zur Demokratiekompetenz bereits angeklungen ist – der Bereitschaft und gewisser Haltungen auf Seiten aller Beteiligten. Das Zulassen und Fördern von Schüler/innen-Mitbestimmung im Schulalltag erfordert im Idealfall ein gemeinsames Bekenntnis der Schulleitung und des Kollegiums zu aktivem Demokratie-Lernen im Sinne eines „learning by doing“. Dabei müssen regelmäßig und kontinuierlich konkrete Gelegenheiten geschaffen werden, an denen sich möglichst alle Schüler/innen in demokratiepolitischem Handeln erproben können. Als konkrete Felder wären hier beispielsweise der Klassenrat oder das Schulparlament zu nennen, auf die ich noch näher eingehen werde.

Folgende Fragen, die ich am Ende meiner Präsentation gern zur Diskussion stellen würde, ergeben sich für mich für das Demokratie-Lernen abseits der Vermittlung von Faktenwissen:

- *Kann* und *soll* Schule als hierarchisch organisierte Institution mit ihren vielfältigen Funktionen (zu denen die Selektion genauso wie die Vermittlung gesellschaftlich erwünschten Verhaltens zählt) überhaupt Ort demokratischen Handelns sein?¹²
- Wenn ja, welche Rolle spielen die Lehrer/innen und Direktor/innen in einer demokratisch geprägten Schulkultur, bzw. welche Voraussetzungen müssen diese mitbringen, um eine solche mittragen und fördern zu können?
- Inwieweit ist (stattdessen oder zusätzlich?) ein „Outsourcing“ zentraler Erziehungs- und Bildungsaufgaben der Schule im Bereich zivilgesellschaftlich-demokratischer Zielrichtungen sinnvoll oder sogar notwendig?

Dazu passend möchte ich noch einen, meiner Ansicht nach sehr bedeutsamen, Aspekt schulischen Demokratie-Lernens und der damit verbundenen Anforderungen an die Didak-

¹² Vgl. Fends Ausführungen über die Funktionen von Schule in FEND 1980

tik in Form eines Zitates von Michael Greven aufgreifen. Diese Ansicht spiegelt auch mein persönliches Verständnis vom Wechselspiel pädagogischen Wirkens zwischen Förderung der Individualität bei gleichzeitigem Einbinden des Subjektes in eine starke Gemeinschaft wieder: „Bürger oder Bürgerin kann man einerseits nur als mündiges Individuum, andererseits aber nicht isoliert von anderen und allein sein. Die Demokratie ist notwendigerweise eine Gemeinschaft und kein individuelles Lebensprojekt, sie kann nicht allein, sondern nur im Zusammenwirken mit anderen hervorgebracht und gepflegt werden.“¹³

Vor diesem Hintergrund möchte ich nun anhand einiger Konzepte und Projekte einen exemplarischen Einblick in die inner- und außerschulische Praxis des Demokratie-Lernens geben und diese im Anschluss zusammen mit den bereits aufgeworfenen Fragen zur Diskussion stellen.

¹³ GREVEN 2005, S. 22

Inner- und außerschulische Beispiele aus der Praxis

Beispiel 1: Der Klassenrat

Die Wurzeln des Klassenrates reichen einerseits auf den in den USA wirkenden Pädagogen und Philosophen John Dewey (1859-1952) und andererseits auf den französischen Reformpädagogen Célestin Freinet (1896-1966) zurück. Es handelt sich dabei um eine Plenarveranstaltung einer Schulklasse, in der diskutiert, Neues beschlossen und über Sachverhalte abgestimmt wird. Der Klassenrat in der Freinet-Pädagogik geht oft mit der Etablierung einer „Wandzeitung“ einher. Schüler/innen und Lehrkräfte bringen während der Woche darauf ihre Bemerkungen zu den Fragestellungen „Ich finde gut/mir gefällt“, „Ich wünsche/schlage vor“, „Ich kritisiere/finde nicht gut“ an. (Ausgeklammert bleiben persönliche Konflikte zwischen zwei Schüler/innen). Für eine Klassenratssitzung wählt das Plenum immer eine andere Person, die den Vorsitz mit den Aufgaben Sitzungseröffnung und -schließung übernimmt und gegebenenfalls das Einhalten der Gesprächsregeln einfordert. Zusätzlich wird das Amt einer Sekretärin oder eines Sekretärs vergeben, welche/ die schriftlichen Einträge vorliest, neue Themen erfragt und der Reihenfolge nach die Sprecher/innen aufruft. Die diskutierten Inhalte, Regeln und Abmachungen werden protokolliert.¹⁴ Auch die Lehrkraft muss sich im Klassenrat nach Freinet in die Kooperative der Klasse einordnen und sich an vereinbarte Regeln halten, setzt ihre Autorität aber bei Bedarf für die Aufrechterhaltung des demokratischen Forums ein. Freinets Leitsatz „Den Kindern das Wort geben“ und das Prinzip des „Freien Ausdrucks“ finden hier ihre Anwendung, die Klassengemeinschaft fungiert gewissermaßen als „kritischer Freund“, indem sie Anerkennung ausspricht, konstruktive Kritik äußert oder Hilfestellungen anbietet.¹⁵

Welche Herausforderungen ergeben sich dabei aber für die Lehrenden, die zweifelsohne eine Veränderung in ihrer Rolle erleben, wenn sie demokratische Gremien wie den Klassenrat einführen? Wesentliches Element beim Demokratie-Lernen ist eine bewusste und reflektierte Auseinandersetzung mit sich selbst. Um eigene Entscheidungen treffen und diese gut argumentieren zu können, müssen nicht nur Schüler/innen lernen, ihre Bedürfnisse, Stärken und Schwächen zu erkennen. Selbiges gilt auch für ihre Lehrer/innen, wenn diese den Kindern oder Jugendlichen Partizipationsmöglichkeiten im Klassenalltag einräumen und ihnen Verantwortung für gewisse Bereiche übertragen wollen. Verantwortung, die an Schüler/innen übergeben wird (beispielsweise für die Organisation eines Festes

¹⁴ Vgl. TUREK 2007, S. 7

¹⁵ Vgl. SUTTNER 2002, S. 528

oder aber auch für das Erbringen eines bestimmten Lernpensums) muss durchgängig bei diesen Personen verbleiben, selbst wenn damit ein Scheitern des Vorhabens verbunden sein sollte. Die Leistung der Lehrerin oder des Lehrers liegt dabei zunächst in einer selbst-reflektierten Einschätzung, ob sie oder er es letztlich aushalten kann, die „Kontrolle“ über diesen Sachverhalt aus der Hand gegeben zu haben. Dementsprechend klar müssen die Regeln und Grenzen der Mitbestimmung definiert und transparent gemacht werden, wobei ersichtlich wird, dass diese eben immer auch von der Persönlichkeitsstruktur der Lehrperson abhängen. Damit soll keiner Willkürführung oder restriktiver Einschränkung von Mitbestimmungsmöglichkeiten durch Lehrer/innen Vorschub geleistet sondern darauf aufmerksam gemacht werden, dass die getroffenen Vereinbarungen von Lehrer/innenseite her ebenso eingehalten werden können müssen wie von Seiten der Schüler/innen. Ein langsames und schrittweises Herantasten an die Einführung und Etablierung eines demokratischen Forums wie des Klassenrates unterstützt deshalb auch den Lern- und Entwicklungsprozess von Lehrer/innen in Richtung demokratische Klassen- bzw. Schulkultur.¹⁶

Beispiel 2: Das Schulparlament¹⁷

„Während es in Österreich an etlichen Regelschulen wöchentliche Mitbestimmungsgremien gibt (Klassenräte, Klassenforen), sind Schulparlamente noch eher Einzelerscheinungen. Insgesamt existieren nur wenige schuldemokratische Modelle, die bislang kaum vernetzt sind. Das mag daran liegen, dass die Etablierung eines demokratischen Verfahrens wie des Schulparlamentes nicht gesetzlich verankert ist und auch daran, dass die ersten Schritte eine beachtliche Herausforderung für das Kollegium und die Schulleitung darstellen.“¹⁸ Schulparlamente sind demnach äußerst unterschiedlich organisiert: manche werden von Schüler/innen geleitet, andere von Lehrer/innen oder Direktor/innen. In manchen ist Unterricht ein Thema, in anderen nicht, die Beschlüsse sind mancherorts bindend, anderswo nur Vorschläge. Vorbilder für Schulparlamente finden sich an so prominenten Schulen wie Alexander Neills Summerhill oder dem Countesthorpe College in Leicester, wo 20 Jahre lang erfolgreich mit einem monatlichen Schulparlament gearbeitet wurde, in dem die Schüler/innen auch Mitspracherechte bezüglich der Lehrplaninhalte hatten. Die noch spärlich gesäten Schulparlamente Österreichs schlossen sich 2006 zu einer Plattform zusammen und tauschten sich im Rahmen dieser Vernetzung untereinander aus.¹⁹

¹⁶ Vgl. LEDITZKY 2002, S.532f

Hier finden sich auch praktische Beispiele für Schüler/innenmitbestimmung im Klassenalltag auf der Primarstufe.

¹⁷ Vgl. dazu die Beiträge von DIAZ FIGUEROA und STOLLBERGER 2007, S. 9-12

¹⁸ TUREK 2007, S. 7

¹⁹ Vgl. KREISSLER 2007, S. 8f

Beispiel 3: Verein „Coole Schule“²⁰

Der überparteiliche Schüler/innenverein „Coole Schule“ existiert seit 2003, ist österreichweit tätig und hat sich zum Ziel gesetzt, die Schüler/innenmitbestimmung in Schule und Bildungspolitik zu stärken. Insbesondere die Interessen von Volks- und Unterstufenschüler/innen, die derzeit keine Interessensvertretungen haben, sind dem Verein ein Anliegen. Auf Kinderkongressen beschlossene Anträge wurden bereits im Nationalrat eingebracht, die erste Bürgerinitiative von Schüler/innen konnte im Juli 2009 dem Parlament übergeben werden. Der Verein beantragt darin die Umsetzung seiner drei Hauptforderungen für mehr Schuldemokratie:

1. Wahl von Klassen- und Schulsprecher/innen in allen Schulen und durch alle Schüler/innen
2. Klassenrat in allen Schulfächern, in dem die Schüler/innen den Erweiterungsstoff gestalten und die Unterrichtsmethoden mitbestimmen
3. Schulparlament in allen Schulen statt Schulforum und Schulgemeinschaftsausschuss, das sich aus den Klassensprecher/innen mit Vetorecht und einer gleichen Anzahl an Eltern- und Lehrervertreter/innen zusammensetzt.

Auf den Punkt gebracht: "Wir fordern das Recht für jeden Schüler und jede Schülerin Österreichs, eine Vertretung zu wählen, selber gewählt zu werden und in der Schule mitzubestimmen".²¹ Für ihr Engagement wurde die „Coole Schule“ im November 2004 mit dem 1. Kinderrechtepreis „TrauDi“ ausgezeichnet.

Beispiel 4: Jugendparlament²²

Unter dem Leitgedanken „Rein ins Parlament“ finden zweimal jährlich auf Initiative und unter dem Vorsitz der derzeitigen Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer Jugendparlamentssitzungen statt. Schüler/innen aus jeweils drei Klassen der 9. Schulstufe (aller Schularten), die sich in einem Auswahlverfahren dafür bewerben, erhalten damit die Möglichkeit, den Weg der Gesetzgebung hautnah mizuerleben. Innerhalb eines eintägigen Planspiels schlüpfen die Schüler/innen in die Rolle von Nationalratsabgeordneten, bilden Klubs, tagen in Klubsitzungen und Ausschüssen, geben Interviews für die Presse und stimmen schließlich über einen fiktiven Gesetzesentwurf ab. Dadurch wird abstrakte

²⁰ VEREIN COOLE SCHULE. Online unter: <http://www.cooleschule.at/willkommen.html>

²¹ Ebd.

²² JUGENDPARLAMENT. Online unter: <http://www.reininsparlament.at/>

Politik erlebbar und die Hintergründe, wie es zur Verankerung neuer Gesetzesbeschlüsse kommt, werden transparenter. Die jungen Abgeordneten debattieren in ihren Klubräumen, loten etwaige Koalitionsmöglichkeiten mit anderen Klubs aus, ziehen Expert/innen zum Thema oder zu rechtlichen Fragen zu Rate und bereiten schließlich ihre Reden für die abschließende Plenarsitzung im großen Sitzungssaal des Nationalrates vor. Diese Sitzung wird von Präsidentin Prammer persönlich moderiert, in den Klubs helfen „echte“ Abgeordnete und Mitarbeiter/innen des Kinderbüros der Universität Wien bei der Einhaltung demokratischer Regeln und des Prozedere.²³ Wichtige Erfahrungen der Meinungsbildung, Kompromissfindung und des Argumentierens einer gemeinsam vertretenen Linie ziehen sich als eindrucksvolle Lernerfahrungen durch diesen besonderen Tag.

Beispiel 5: Die Demokratiewerkstatt²⁴

Demokratiepädagogische Veranstaltungen für jüngere Schüler/innen (8 bis 14 Jahre) können im Rahmen der Demokratiewerkstatt im Palais Epstein, neben dem Parlament in Wien, absolviert werden. Die Demokratiewerkstatt ist ein ebenfalls kostenloses Projekt der Parlamentsdirektion und kann sowohl von Schulklassen als auch privat von Kindern und Jugendlichen als Einzelteilnehmer/innen in Anspruch genommen werden. Die Termine für Schulklassen sind von Montag bis Freitag über das ganze Schuljahr verteilt, insgesamt werden im Wochenrhythmus mittlerweile sechs verschiedene, vierstündige Workshops angeboten. Einzelteilnehmer/innen können jeden ersten Samstag im Monat nach vorhergehender Anmeldung die Demokratiewerkstatt besuchen.

Der begehrteste Workshop, der ähnlich aufgebaut ist wie das Jugendparlament für die älteren Schüler/innen, nennt sich „Politische Werkstatt – eine Expedition durchs Parlament!“ Das Thema lautet: „Auf der Spur eines Gesetzes“. Zwar werden hier keine Klubs gebildet oder Debatten abgehalten, die verschiedenen Stationen, die ein Gesetz durchläuft, können aber in Form einer Rätselrallye im Parlamentsgebäude sozusagen an „Originalschauplätzen“ nachvollzogen werden. Die dabei erworbenen neuen Kenntnisse werden in Form von Interviews aufgezeichnet, aus welchen im Anschluss an den Workshop von den Demokratiewerkstatt-Mitarbeiter/innen eine „Radiosendung“ zusammengeschnitten und vertont wird. Dieser Beitrag ist schließlich einige Tage später über das Internet abrufbar

²³ KINDERBÜRO UNI WIEN. Online unter: <http://kinder.univie.ac.at/>

²⁴ DEMOKRATIEWERKSTATT. Online unter: <http://www.demokratiewerkstatt.at/besuchen/demokratiewerkstatt.html>

und verfestigt beim Anhören bei den Protagonist/innen noch einmal das an diesem Tag Gelernte. Die fünf weiteren Workshops heißen:

- Werkstatt mit Parlamentarier/innen – Expert/innen zu Gast im Workshop.
Thema: „Sind Gesetze für alle da?“
- Partizipationswerkstatt – Mitreden – Mitbestimmen. Thema: „Meine Meinung zählt!“
- Medien Werkstätten – Zeitung, Radio, Film – selbst machen! Thema: „Manipulation durch Information“
- Zeitreise-Werkstatt. Thema: „Republik erforschen im Parlament“
- Europa-Werkstatt. Thema: „Die Europäische Union kennen lernen“

Jede/r Teilnehmer/in bekommt bei ihrem/seinem ersten Besuch in der Demokratiewerkstatt einen Pass, in dem jeder der sechs Workshops mit einer eigenen Seite vertreten ist. Die Absolvierung eines Workshops wird auf der betreffenden Seite im Pass vermerkt. Sind alle sechs Workshops besucht worden, darf sich die/der Jugendliche als „Demokratiewerkstattprofi“ bezeichnen und wird mit anderen Profis von Nationalratspräsidentin Prammer im Rahmen einer offiziellen Ehrung mit Medaille und Urkunde ausgezeichnet.

Die Demokratiewerkstatt betreibt auch eine eindrucksvolle Website unter dem Titel DemokratieWEBstatt, auf der Kinder und Jugendliche nicht nur viel Wissenswertes und Fakten zum Thema Demokratie vorfinden sondern auch interaktive Angebote nutzen und sich z. B. selbst als Politiker/innen ausprobieren können. Mit Hilfe des „Gesetzesgenerators“ werden eigene Gesetze entworfen, zukünftige Klassensprecher/innen können von einem speziellen Eignungstest für dieses Amt Gebrauch machen. Auf einem virtuellen Spaziergang kann man Schritt für Schritt das Parlamentsgebäude erkunden und sich dabei im Eingangsbereich, in der Säulenhalle und in anderen Räumlichkeiten einen 360gradigen Rundumblick verschaffen. Einige Texte der DemokratieWEBstatt sind auch auf Ungarisch, Slowenisch und Burgenland-Kroatisch sowie als Videos in Österreichischer Gebärdensprache verfügbar.²⁵

²⁵ DEMOKRATIEWEBSTATT. Online unter: <http://www.demokratiewebstatt.at/>

Quellen- und Literaturverzeichnis:

CRICK, B.: The Citizenship order for schools. In: Pearce, N. & Hallgarten, J. (Hg.): Tomorrow's citizens. Critical debate in citizenship and education. London: IPPR, 2000, S. 77-83

DEMOKRATIEWEBSTATT. Online unter: <http://www.demokratiewebstatt.at/>

DEMOKRATIEWERKSTATT. Online unter: <http://www.demokratiewebstatt.at/besuchen/demokratiewerkstatt.html>

DIAZ FIGUEROA, K.: Denn sie wissen, was sie tun. SchülerInnenparlament der Mehrstufenklassen der Ganztagsvolksschule 1030 Wien. In: Polis aktuell: Mitreden-Mitgestalten-Mitentscheiden, Nr. 5, 2007, S. 9-12

FEND, H.: Theorie der Schule. München u. Wien: Urban u. Schwarzenberg, 1980

GREVEN, M. Th.: Politische Bildung in der politischen Gesellschaft: Erziehung zur Demokratie. In: HIMMELMANN, G. (Hg): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 18-26

HIMMELMANN, G.: Was ist Demokratiekompetenz? Ein Vergleich von Kompetenzmodellen unter Berücksichtigung internationaler Ansätze. Berlin: BLK-Programm, 2005
Online unter: <http://blk-demokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Himmelmann2.pdf>
[Download: 218.5.2009]

KREISSLER, L.: Schulparlamente und die Plattform Schulparlamente. In: Polis aktuell: Mitreden-Mitgestalten-Mitentscheiden, Nr. 5, 2007, S. 8f

JUGENDPARLAMENT. Online unter: <http://www.reininsparlament.at/>

LEDITZKY, C.: Freinetpädagogische Wege zur Umsetzung demokratischer Prinzipien in der Klasse. In: Erziehung & Unterricht. Österreichische pädagogische Zeitschrift. 152. Jg., Heft 3/4 2002, S. 532-537

SUTTNER, E.: Der Klassenrat – demokratische Grundlage der Freinetpädagogik. In: Erziehung & Unterricht. Österreichische pädagogische Zeitschrift. 152. Jg., Heft 3/4 2002, S. 527-531

STOLLBERGER, P.: Das Schulparlament der Hauptschule Ranshofen (Oberösterreich). In: Polis aktuell: Mitreden-Mitgestalten-Mitentscheiden, Nr. 5, 2007, S. 12

TUREK, E.: Der Klassenrat. In: Polis aktuell: Mitreden-Mitgestalten-Mitentscheiden, Nr. 5, 2007, S. 7f

VEREIN COOLE SCHULE. Online unter: <http://www.coolschule.at/willkommen.html>

Buchtipps:

HUAINIGG, F.-J.: Wer macht die Gesetze? Parlament und Politik in Österreich. Wien: Ueberreuter, 2005

KONRATH, Ch.: Und was macht eigentlich das Parlament? Politik in Österreich erklärt für Jugendliche und andere wissbegierige Menschen. Wien: Czernin, 2009

Interessante Internet-Adressen zum Thema Demokratie-Lernen/politische Bildung:

DemokratieWEBstatt

URL: <http://www.demokratiewebstatt.at/>

Demokratiewerkstatt

URL: <http://www.demokratiewebstatt.at/besuchen/demokratiewerkstatt.html>

Demokratiezentrum Wien

URL: <http://www.demokratiezentrum.org/>

Departement Didaktik der politischen Bildung – Universität Wien

URL: <http://politischebildung.univie.ac.at/>

Forum politische Bildung

URL: <http://www.politischebildung.com/>

Lehrgänge zur politischen Bildung

URL: <http://www.politik-lernen.at/content/site/workshopsfuerlehrkraefte/menschenrechtsbildung/index.html>

Lehrpläne zur politischen Bildung bei Zentrum Polis

URL: <http://www.politik-lernen.at/content/site/basiswissen/politischebildung/lehrplaene/article/105418.html>

Jugendparlament

URL: <http://www.reininsparlament.at/>

Onlinekurs zur politischen Bildung bei e-lisa

URL: <http://www.e-lisa-academy.at/index.php?cid=6102>

Österreichische Gesellschaft für politische Bildung

URL: <http://www.politischebildung.at/>

Österreichisches Parlament

URL: <http://www.parlinkom.gv.at>

Polis aktuell – die Monatszeitschrift von Zentrum Polis

URL: <http://www.politik-lernen.at/content/site/gratisshop/polisaktuell/index.html>

Polit-Lexikon für junge Leute

URL: <http://www.politik-lexikon.at>

Programm Demokratie lernen & leben – Materialien

URL: <http://blk-demokratie.de/materialien/uebersicht-ueber-alle-materialien.html>

Verein Coole Schule

URL: <http://www.coolschule.at>

Wettbewerb Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ (D) – Bibliographie

URL: <http://www.demokratisch-handeln.de/bibliographie/index.php>

Zentrum Polis

URL: <http://www.politik-lernen.at/>